

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Erstmals deutsche Sinologengruppe in China**

Vom 23. Mai 1977 bis zum 18. 6. 1977 unternahmen zwölf China-Wissenschaftler von neun deutschen Universitäten eine Reise in die Volksrepublik China. Es war dies die erste Gruppe von deutschen Sinologen, die China bereisen konnten. Die Reise begann in Peking und führte über Sian, Loyang, Nanking und Shanghai nach Kanton, von wo die Ausreise nach Hongkong erfolgte. Das offizielle chinesische Reisebüro Lüxingshe hatte das Programm unter weitgehender Berücksichtigung der Wünsche der Teilnehmer festgelegt. Besichtigt wurden u. a. archäologische Fundstätten, vor allem Kaisergräber, Museen, Schulen, Bibliotheken, Fabriken, Kunsthandwerksbetriebe und eine Volkskommune.

Es ist zu hoffen, daß die auf dieser Reise zustande gekommenen wissenschaftlichen Beziehungen in Zukunft weiterentwickelt werden können.

WESTEUROPA

(2) **Italienischer Außenminister in Peking**

Italiens Außenminister Arnaldo Forlani, der u. a. auch von Hua Kuo-feng empfangen wurde, wurde von Außenminister Huang Hua nachdrücklich auf die "Rivalität der beiden Supermächte um die Welthege- monie" und um Europa hingewiesen. Weiterhin: "Wir schätzen die Bemühungen der italienischen Regierung zur Förderung der Einheit Westeuropas und zum Schutze der Sicherheit im Mittelmeergebiet. Die Einheit Europas ist der allgemeine Trend, wenn auch der Weg nicht einfach sein wird.... Die westeuropä- ischen Länder haben ein klares Ziel für die Zusammen- arbeit und suchen gemeinsame Grundlagen, während sie kleine Differenzen zurückstellen." China werde weiterhin "die revolutionäre Linie und die Außenpoli- tik des Vorsitzenden Mao einschließlich der Politik hinsichtlich Westeuropas verteidigen und verwirkli- chen. Wir werden, wie bisher, energisch die Bemühun- gen westeuropäischer Länder zur Selbststärkung durch Einheit und gemeinsamen Widerstand gegen den Hegemonismus unterstützen." (NCNA 12.6.77)

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(3) **Scharfe chinesische Kritik am neuen sowjetischen Verfassungsentwurf**

JMJP (13.6.77) übte scharfe Kritik am neuen sowjetischen Verfassungsentwurf, der als weiterer Versuch einer "Usurpierung der Macht, Wiederherstellung des Kapitalismus, des Revisionis- mus, des Faschismus usw." bezeichnet wurde. Beson- ders scharf wurden die Passagen des Verfassungsen- wurfs über die Handhabung der proletarischen Dikta- tur, über den Staat des gesamten Volkes, über die Partei des gesamten Volkes, über den Eigentumsbe- griff etc. angegriffen. Die Neue Verfassung sei nichts als ein "feiges Stück Papier". Die Neue Verfassung diene einer "Handvoll von bürokratisch-monopolisti- schen Kapitalisten" dazu, die Massen zu betrügen. Bei dem Schriftstück handele es sich um das erste seiner Art seit der widerrechtlichen Machtergreifung... Das sowjetische Regime sei eine Diktatur nach dem Muster der deutschen Faschisten, eine Diktatur nach dem Typ Hitlers. In der Sowjetunion von heute kontrolliere die bürokratisch-monopolistische Klasse alle Bereiche des sozialen Lebens und der Presse ohne Rücksicht auf die arbeitenden Massen. Die Reichen würden immer reicher und die Armen immer ärmer. Die sowjetische Führung schäme sich nicht, von einem endgültigen Ende des Klassenantagonismus und von der Schaffung eines "Staates für das ganze Volk" zu sprechen - und dies zu einem Zeitpunkt, wo sich die Klassengegensätze gerade immer mehr verschärf- ten.

(4) **Moskau verschärft wieder seine Propaganda gegen Peking**

Heftige Angriffe gegen die chinesische Führung und westliche Staaten richtete der sowjetische Par- teichef Leonid Breschnew anlässlich eines Essens für den bulgarischen Staats- und Parteichef Todor Schiw- koff. Auch die führenden Zeitungen und Zeitschriften der UdSSR haben die alte Anti-China-Kampagne, die seit dem Tode Mao Tse-tungs und dem Machtantritt der neuen Führung für einen Augenblick eingestellt worden waren, wieder voll aufgenommen.

Schon am 14. Mai, kurz vor der Ablösung Podgornys, war ein Artikel in der Prawda erschienen, der mit I. Alexandrow gezeichnet war, einem Pseudonym, das bei offiziellen sowjetischen Darlegungen höchster Stelle im Moskauer Parteiblatt Verwendung findet. In diesem Artikel wurde die neue chinesische Führung beschuldigt, den Dritten Welt- krieg vom Zaune brechen und die ganze Welt erobern zu wollen. "Weltkrieg", "Welteroberung", "Weltkata-

strophe" etc. sind Ausdrücke, die seitdem im chinesischen Kontext immer wieder auftauchen.

Die neue Verschärfung gegen China geht parallel mit einer Dogmatisierung und Verhärtung der sowjetischen Haltung in der kommunistischen Weltbewegung gegenüber "Autonomen und Eurokommunisten", angefangen von den Jugoslawen bis zu den Italienern und, last not least, auch den spanischen Kommunisten, deren Parteichef Ende Juni wegen seines damals gerade neu erschienenen Buches in das heftigste sowjetische Feuer geriet.

Breshnews Polemik war aber auch durch innen- und außenpolitische Aktionen Chinas ausgelöst worden: Auf der innenpolitischen Bühne der Volksrepublik ragten besonders die ausgedehnte Reise Hua Kuofengs entlang der sowjet-sibirischen Grenze sowie die Herausgabe des V. Bandes der Mao-Werke hervor, welche letzterer - unter der Federführung Huas redigiert und bereits jetzt in Millionen-Auflage verteilt - die antisowjetischen Passagen besonders hervorhebt.

Außenpolitisch hat die neue Führung konsequent an einigen der jüngsten Niederlagen Moskaus mitgewirkt, wie die Ereignisse in Ägypten ("Los von Moskau-Kurs", der durch Lieferung von chinesischen Mig-Motoren honoriert wurde), Zaire, Indien und Japan bezeichnet werden. In Zusammenhang mit Zaire hat die Volksrepublik als erste Macht offen und schonungslos auf die Versuche der Sowjetunion hingewiesen, mit Hilfe von Söldnern sowie durch eine Politik des "Teile und herrsche" - ganz nach altkolonialistischem Muster - Positionen in Afrika zu gewinnen (Näheres vgl. Thema in diesem Heft).

Indien, seit dem indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag im August 1971 ein fast todsicherer Verbündeter Moskaus, steht in Gefahr, sich unter der neuen Regierung Desai von der Sowjetunion abzuwenden und nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit China seine Beziehungen zu verbessern.

Japan scheint unter der Regierung Fukudas entschlossen, den seit nunmehr zwei Jahren heftig diskutierten Friedens- und Freundschaftsvertrag mit jener "Antihegemonie-Klausel" zu unterzeichnen, die sich indirekt gegen Moskau richtet.

Nach dem Tode Maos hatte Moskau eine Zeitlang gehofft, die Nachfolger des Verstorbenen könnten im Zeichen der "Großen Ordnung", die auf das große Chaos gefolgt ist, auch ihre Antisowjet-Politik mildern. Seit Anfang Juni sehen sie diese Schonfrist offensichtlich abgelaufen.

Die chinesische Führung hat diese Hintergedanken Moskaus durchschaut, wie Li Hsien-nien anlässlich einer Bankettrede für Numeiri hervorhob (NCNA 6.6.77): "Nach dem Tode unseres großen Führers und Lehrers, des Vorsitzenden Mao, wandte der Sozialimperialismus gegenüber uns sowohl eine weiche als auch eine harte Taktik an. Auf der einen Seite bediente er sich wohlüberlegter Gesten, und versuchte er, den Anschein der Bereitwilligkeit zur Verbesserung seiner Beziehungen zu uns zu erwecken; auf der anderen Seite bemühte er sich, mittels Verleumdungen unsere Außenpolitik in Mißkredit zu bringen. Er gab sich dabei der vergeblichen Hoffnung hin, unsere revolutionäre Linie und unsere revolutionäre Politik, die der Vorsitzende Mao ausgearbeitet hatte, ändern zu können. In seiner Erbitterung und Ernüchterung über die ihm erteilte Abfuhr hat er nun die Maske fallen lassen und wieder seinen wahren Charakter erkennen lassen, indem er China in böswilliger Weise verleumdete... Welcher Taktiken sich der Sozialimperialismus jedoch auch immer bedienen mag, sie

werden sich als vergeblich erweisen. Wen glaubt er eigentlich mit solchen Taktiken einschüchtern zu können? "

Trotz dieser scharfen Klinge hat Peking jedoch auf der zwischenstaatlichen Ebene einen Schritt auf Moskau zu getan: Es ernannte Wang Yeh-p'ing als neuen Botschafter. Damit ist der Botschafterposten in Moskau, der mehr als ein Jahr lang vakant gestanden hatte, wieder besetzt.

NORDAMERIKA

(5) Außenminister Vance erläutert die Asienpolitik der neuen Regierung

Vor der Asiengesellschaft in New York erklärte Außenminister Cyrus Vance Ende Juni, die USA wollten ihre Beziehungen zur VR China verbessern und auch weiterhin eine asiatische Macht mit starker militärischer Präsenz bleiben. Die Taiwan-Frage müsse von den Chinesen selbst gelöst werden. Vance sprach am 30. Juni, dem Tag, an dem sich auch die SEATO durch den Ablauf der Vertragszeit auflöste.

Vance wird am 22. August die VR China besuchen. Die USA seien entschlossen, trotz des Endes des Vietnamkrieges und des in den kommenden fünf Jahren geplanten Abzugs der rund 30.000 Mann amerikanischer Landtruppen aus Südkorea im westpazifischen Bereich militärisch präsent zu bleiben. Sie wollten ferner mit allen Staaten, einschließlich Nordkoreas und Vietnams, normale Beziehungen aufnehmen. Der Sicherheitspakt mit Japan bleibe Eckstein des Friedens im pazifischen Raum. (Die maßgebenden Teile zur China-, Korea- und Vietnam-Frage sind im Anhang 3 des Themas zu den Beziehungen zwischen China und den USA wörtlich abgedruckt.)

Die chinesische Reaktion erfolgte schon vier Tage später. Der Stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien machte seinem amerikanischen Besucher Elmo Zumwalt, dem ehemaligen Chef der US-Marine-Operationen am 4. Juli in Peking klar, daß Voraussetzung für die "Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA" drei Punkte seien, nämlich

1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Washingtons zu Taipei
2. Abzug der amerikanischen Truppen und
3. Kündigung des 1954 geschlossenen Verteidigungsvertrages. Auf keinen der drei Punkte könne verzichtet werden. Wann und auf welche Weise das chinesische Volk "sein unverletzliches Gebiet von Taiwan befreien werde, dies sei ganz und gar Chinas innere Angelegenheit, bei der die Einmischung anderer Länder nicht geduldet werde." (NCNA 4.7.77) (Näheres: Thema in diesem Heft: China-USA).

AFRIKA UND NAHOST

(6) Ersatzteilhilfe an Ägypten

Pressemeldungen aus Kairo vom 25. Juni zufolge hat die VR China an Ägypten weitere Ersatzteile für militärische Ausrüstungen aus der Sowjetunion über-

sandt. Genaue Details über die Zusammensetzung der Sendung wurden zwar nicht gegeben, doch ist zu vermuten, daß die Sendung hauptsächlich Ersatzteile für die sowjetischen MIG-Düsenjäger enthielt.

Bereits 1976 hatte die Volksrepublik den Ägyptern Ersatzteile für 30 MIG-Flugzeuge geliefert, nachdem der ägyptische Staatspräsident Anwar el Sadat im Anschluß an die Ausweisung der sowjetischen Militärberater feststellen mußte, daß die Sowjetunion nicht mehr bereit war, Ersatzteile nachzuliefern.

China liefert die Ersatzteile kostenlos und übernimmt auch die Überholung des Kriegsmaterials umsonst.

Ägypten möchte künftig ebenso wie der benachbarte Sudan, der ebenfalls die sowjetische Militärhilfe ausgewiesen hat, künftig Waffen aus der VR China beziehen.

Die in Rhodesien kämpfende Guerillabewegung "Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe" (ZANU) erhält von Peking Hilfe.

Der Führer der schwarzafrikanisch-rhodesischen "Patriotischen Front" sowie der ZANU, Robert Mugabe, berichtete während eines Aufenthalts in Peking am 23. Juni, daß China die rhodesischen Guerilleros unterstütze. Seine Bewegung sei auch selbstverständlich bereit, sowjetische Hilfe anzunehmen. Allerdings dürfe eine solche Hilfe "an keinerlei Bedingungen" geknüpft sein. Die ZANU benötige Unterstützung im Kampf gegen das Minderheitsregime, aber sicher "keine Hilfe, die uns zur Marionette irgendeines Landes machen würde." Der ZANU sei es allerdings bisher nicht möglich gewesen, sich mit Moskau anzufreunden. (Zitiert nach FAZ, 25.6.77)

(7) **Anerkennung Djiboutis im Zeichen des Anti-Hegemonismus**

Am 27.6. brachte JMJP einen Gratulationsartikel für das aus der französischen Kolonialherrschaft entlassene Djibouti: "Die Regierung der Republik Djibouti erklärte, daß sie eine Außenpolitik der Blockfreiheit und aktiven Neutralität befolgen werde. Als ein Land am Roten Meer werde Djibouti entscheiden alle Vorschläge, die zur Sicherheit der Zone des Roten Meeres beitragen, unterstützen, was für die Wahrung der Sicherheit in diesem Raum eine unschätzbare Rolle spielen wird. Wegen der Aggression und Rivalität der beiden Supermächte im Raum des Roten Meeres herrscht dort große Unruhe. Vor allem die Sowjetunion, die unter dem Aushängeschild des "Sozialismus" ihre Klauen nach dem Roten Meer ausstreckt, stiftet dort Unruhe, sät Zwietracht und ruft Streitigkeiten hervor; denn sie will den Eingang des Roten Meeres und damit die gesamte wichtige Passage zwischen dem Mittelmeer und dem Ozean unter Kontrolle bringen, damit sie im Ringen um Europa und um globale Vorherrschaft ihre Position verbessern kann." Djibouti solle sich nach Erlangung seiner Unabhängigkeit mit den Staaten und Völkern am Roten Meer zusammenschließen und gemeinsam gegen den Hegemonismus zur Wahrung der Sicherheit des Roten Meeres kämpfen.

Djibouti wurde am 27. Juni offiziell unabhängig.

(8) **Der Besuch des sudanesischen Staatspräsidenten Numeiri in China wird zum Anklagetrichter gegen die sowjetische Afrikapolitik**

Am 6. Juni 1977 traf eine Delegation der Demokratischen Republik Sudan unter der Leitung des Präsidenten Numeiri zu einem offiziellen Besuch in Peking ein. Der Gast wurde mit ungewöhnlich großem Aufwand empfangen. An der Spitze des Empfangskomitees stand Hua Kuo-feng und sein erster Stellvertreter als Regierungschef, Li Hsien-nien. Außerdem waren 1000 Chinesen zur Begrüßung aufgeboten worden. In den Begleitkommentaren der Zeitungen hieß es, der Sudan habe "immer wieder sowjetische Intrigen zerschlagen".

Bei einer Bankettrede am 6. Juni erklärte Li Hsien-nien, China werde sich "auch künftig mit allen Ländern verbinden, die der imperialistischen und sozialimperialistischen Aggression, Subversion, Einmischung, Kontrolle und Schurigelei ausgesetzt sind. Wir setzen dem Supermacht-Hegemonismus entschlossenen Widerstand entgegen" (NCNA 6.6.77).

Besonderes Lob fanden die Gastgeber für die harten Maßnahmen Numeiris gegenüber der Sowjetunion. Am 12. Mai bereits hatte Khartoum 90 sowjetische Militärberater zum Verlassen des Landes aufgefordert. Am 30. Mai 1977 ordnete die sudanesishe Regierung die Ausweisung von 40 Diplomaten und Stabsangehörigen der Sowjetbotschaft in Khartoum an (NCNA 30.5.77). Der Sudan begründete diese Maßnahme mit "subversiven sowjetischen Verschwörungen". Das Verhältnis zwischen Khartoum und Moskau hatte sich seit einem gescheiterten Putschversuch gegen Numeiri im Juli 1976 bereits erheblich verschlechtert. Offensichtlich war es bis zu den entscheidenden Schritten im Mai 1977 nur noch eine Frage der Zeit, wann sich das Verhältnis zu Moskau weiter verdüstern würde.

JMJP (6.6.77) begrüßt die Maßnahmen gegen die Sowjetvertretung in Khartoum mit dem Hinweis, daß damit die "wildes expansionistischen Ambitionen und die arrogante Aggressivität des Sozialimperialismus hart getroffen" worden seien. Die JMJP erinnert in diesem Zusammenhang an die Aufkündigung des - Freundschafts- und Hilfsvertrags zwischen Ägypten und der UdSSR und an den Sieg der Regierung von Zaire über die "von Moskau unterstützten Rebellen" und spricht von einer Einheitsfront, die gegen die "sowjetische Hegemonie" in ganz Afrika im Entstehen sei. Gleichzeitig begrüßt das Blatt den Vorschlag Numeiris, eine "Sicherheitszone im Roten Meer" zu bilden. Eine nähere Kommentierung, was unter diesem Block zu verstehen sei, blieb JMJP schuldig. Um so deutlicher wurde Radio Moskau (13.6.77): "Es gehe hier um die Schaffung eines sogenannten geschlossenen militärpolitischen Blockes im Raume des Roten Meeres." "Die regierenden Kreise des Sudan, Saudi Arabiens und die hinter ihrem Rücken stehenden imperialistischen Kräfte, die die Idee einer Arabisierung des Roten Meeres propagieren, versuchen, einen neuen Spannungsherd im Nahen Osten zu schaffen, die Länder, die einen fortschrittlichen Entwicklungsweg gewählt haben, zu entzweien und sie zu schwächen und mit jedem einzelnen fertig zu werden. Ein derart reaktionärer Einfall fand sogleich Unterstützung in Peking.....". Im gleichen Atemzug beschuldigte Radio Moskau den Sudan, Vorbereitungen für einen bewaffneten Angriff auf Äthiopien zu treffen. Die hierzu benötigten Waffen hole sich Numeiri nunmehr aus Peking.

Was die Waffenfrage angeht, so blieb der

sudanesischen Regierung in der Tat kein anderer Weg, als Ergänzungslieferungen und Ersatzteile, die von Moskau nicht mehr geliefert werden, nun aus einer anderen Quelle zu beschaffen. Hierfür bietet sich eine Art Einbahnstraße an. Daß solche Waffen allerdings gegen Äthiopien eingesetzt werden sollen, bestreitet Numeiri entschieden.

(9) Chinesische Hilfe für Palästinenser

Ende Juni besuchte Abu Jihad, führendes Mitglied der Al Fatah, an der Spitze einer Delegation die VR China.

Gäste und Gastgeber waren sich darin einig, daß das palästinensische Volk das Recht auf Neugründung eines unabhängigen Staates habe, daß die Einheit der arabischen Nation zu fördern sei und daß der Kampf (nicht etwa irgendeine Kompromißlösung) gegen die "zionistische Aggression" und die dahinterstehenden "habgierigen imperialistischen Kräfte" die einzige Möglichkeit sei, um den Weg für die Gründung eines Palästinenserstaates und für die Einheit der arabischen Nation zu öffnen.

Der Kampf des palästinensischen Volkes sei darüber hinaus, wie Außenminister Huang Hua betonte, "nicht nur ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes der Völker verschiedener arabischer Länder, sondern auch ein wichtiger Bestandteil des Kampfes der Völker der Dritten Welt, der ganzen Welt gegen Imperialismus und Supermacht Hegemonismus" (NCNA 29.6.77).

Die beiden Supermächte hielten absichtlich den Nahen Osten in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden und duldeten die "zionistische Aggression".

Die palästinensische Delegation wurde auch von Hua Kuo-feng empfangen. In den zahlreichen Gesprächen war von "umfassender Unterstützung" Chinas die Rede. Wie ein PLO-Sprecher in Peking mitteilte, hätten sich die chinesischen Führer in der Frage einer militärischen Unterstützung als "sehr kooperativ" erwiesen (Times 1.7.77). China hält also an einer materiell und militärisch wirksamen Unterstützung für die PLO auch weiterhin fest.

ASIEN

(10) Peking protestiert gegen das japanisch-südkoreanische Abkommen über die Erschließung des Festlandssockels im Ostchinesischen Meer

Am 30. Januar 1974 war zwischen Tokyo und Seoul ein "Abkommen über die gemeinsame Erschließung des Festlandssockels" unterzeichnet worden, gegen das der Sprecher des chinesischen Außenministeriums bereits am 4. Februar feierlich protestierte.

Inzwischen hat die japanische Regierung das Abkommen dem Diet zur Beschlußfassung vorgelegt, ein Akt, der die chinesische Regierung zu einem zweiten offiziellen Protest am 13. Juni 1977 veranlaßte (NCNA, 13.7.77). Im amtlichen Protest des Außenministeriums der VR China heißt es: "Der Festlandssockel des Ostchinesischen Meeres ist die natürliche Fortsetzung des chinesischen Festland-

Territoriums. Die VR China besitzt die unverletzliche Souveränität über den Festlandssockel des Ostchinesischen Meeres. Es versteht sich von selbst, daß die Frage, wie jene Teile des Festlandssockels, an den auch andere Länder grenzen, von einander abzugrenzen sind, nicht einseitig, sondern durch Konsultationen entschieden werden muß. Das von der japanischen Regierung und von den südkoreanischen Behörden einseitig hinter dem Rücken Chinas unterzeichnete Abkommen ist in jeder Hinsicht illegal und null und nichtig. Ohne Zustimmung der chinesischen Regierung ist kein Land und keine Privatperson berechtigt, Erschließungsarbeiten im Bereich des Festlandssockels des Ostchinesischen Meeres vorzunehmen. Wer auch immer eine derartige Tätigkeit einleitet, hat die volle Verantwortung für alle sich hieraus ergebenden Folgen zu tragen."

In ähnlichem Sinne instruierte der stellvertretende Außenminister Ho Ying auch den japanischen Botschafter in Peking. Der Weg der Konsultationen sei nicht zu umgehen (NCNA, 27.5.77).

Zu dem erwähnten Festlandssockel gehört auch die zwischen Tokyo und Peking schon seit Jahren umstrittene Senkaku-Insel (chinesisch: T'iao-yü-t'ai).

(11) Peking und die US-Position in Südkorea

Schon 1971 war unter Nixon ein Kontingent von rund 20.000 Mann Landtruppen aus Südkorea abgezogen worden. Gleichsam als "Entschädigung" dafür erhielt Seoul eine finanzielle Hilfe von 1,5 Mrd.\$ zugesichert.

Inzwischen drängt auch der neue Präsident Carter auf weiteren Rückzug der amerikanischen Truppen. Bis Ende 1978 sollen 6000 Mann der in Südkorea stationierten Landtruppen abgezogen werden. Dies wäre die erste Phase des Carter-Planes, in den nächsten 4 bis 5 Jahren sämtliche derzeit in Südkorea stationierten amerikanischen Landtruppen, das sind immer noch 30.000 Mann, zurückzunehmen, während die amerikanischen Luftstreitkräfte und Marineeinheiten dort verbleiben sollen.

Die Carter-Administration geht mit diesem Beschluß von der Annahme aus, daß sich ein Angriff Nordkoreas auf Südkorea in den nächsten Jahren nicht wiederholen werde, vor allem deshalb, weil die Volksrepublik China anders als 1950 keine militärische Rückenstärkung mehr geben würde.

Wie schon 1971 erwartet die südkoreanische Regierung einen Ersatz für die abgezogenen Truppen in Form von Finanzhilfe und Waffenlieferungen. Wahrscheinlich werden die Panzer-, Artillerie- und Geländefahrzeugausrüstung der 2. amerikanischen Infanterie-Division, die zur Zeit das Gebiet nördlich der Hauptstadt Seoul entlang dem 38. Breitengrad bewacht, auf der Halbinsel verbleiben und den südkoreanischen Truppen zur Verfügung stehen. Präsident Park möchte die derzeitige finanzielle Waffenhilfe der USA in Höhe von 275 Mio. \$ auf rund eine Mrd. Dollar aufgestockt sehen. Beim amerikanischen Kongreß trifft er jedoch auf eine ungünstige Stimmung, seit bekannt wurde, daß Park in den vergangenen Jahren durch umfangreiche Geldgeschenke amerikanische Beamte und Kongreßmitglieder zu beeinflussen versucht habe.

Die Pekinger Volkszeitung kommentierte am 24.6.77 anläßlich des 27. Jahrestages des Koreakrieges die Lage folgendermaßen: "Vor 27 Jahren begann der US-Imperialismus einen rücksichtslosen Aggres-

sionskrieg gegen Korea und besetzte mit Gewalt unser Territorium in der Provinz Taiwan. Das heroische koreanische Volk unter der weisen Führung der Arbeiterpartei Koreas, geleitet von ihrem eigenen großen Führer, Genossen Kim Il Sung, führte, zu einer Einheit zusammengeschlossen, einen harten Kampf. Der weisen Entscheidung des großen Führers, Vorsitzenden Mao, folgend, sandte das chinesische Volk die chinesischen Volksfreiwilligen nach Korea, wo sie zusammen, Schulter an Schulter mit der koreanischen Armee und der Bevölkerung, kämpften." Nach einem dreijährigen Kampf wurde Korea geteilt. "Die Teilung Koreas ist eng verknüpft mit der Aggression und der Einmischung des US-Imperialismus. 24 Jahre sind seit dem koreanischen Waffenstillstand vergangen, die US-Truppen halten sich aber immer noch in Korea auf und sträuben sich gegen den vollständigen Abzug. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, einschließlich des amerikanischen Volkes, zeigt die US-Regierung kürzlich Gesten ihrer Bereitschaft, ihre Bodentruppen zusammen mit den Kernwaffen in 4-5 Jahren aus Südkorea abzuziehen. Sie will jedoch ihre riesigen Luft- und Marinestreitkräfte zur weiteren Einmischung und Vereitelung der gerechten Sache des koreanischen Volkes auf Unabhängigkeit und friedliche Wiedervereinigung dort belassen... Die Frage der Wiedervereinigung Koreas sollte durch das koreanische Volk selbst gelöst werden, ohne jede Einmischung von außen. Die USA müssen ihre Bodentruppen, ihre Luft- und Marinestreitkräfte vollständig und unverzüglich aus Südkorea abziehen!"

(12) Die philippinische Regierung klagt China an, die neue Volksarmee der Philippinen mit Waffen unterstützt zu haben

Am 11. Juni 1977 behauptete die philippinische Regierung in einer Anklageschrift gegen 92 gefangen-genommene KP-Mitglieder, die Neue Volksarmee, die unter Leitung der Neo-KP der Philippinen steht, habe Waffen und Munition aus der VR China bezogen.

Präsident Marcos und andere Regierungsoffiziele hatten schon lange behauptet, daß die NVA Waffen vom Ausland erhalte, doch war dabei der Name China nie gefallen - wohl aus Opportunitätsgründen; denn 1975 nahmen Manila und Peking diplomatische Beziehungen auf.

Chinesische Diplomaten in Manila geben durch-aus zu, daß Peking die Neo-KP unterstütze, doch leugnen sie gleichzeitig, daß die NVA mit Waffen zum Kampf gegen das Marcos-Regime unterstützt würde.

Die Anklageschrift behauptet, daß die Angeklagten im Februar 1972 die Waffen gegen die Regierung erhoben hätten, indem sie die "Karagatan Fishing Corporation" organisiert hatten, und zwar als eine "Front, um subversive Aktivitäten durchzuführen", einschließlich des Kaufs von Fischereiboote zur Verteilung von Waffen und Munition, die aus China bezogen würden.

Die Ausrufung des Kriegsrechts durch Marcos im September 1972 war u.a. mit dem notwendig gewordenen Kampf gegen die Kommunisten begründet worden. (IHT, 13.6.1977)

(13) Vietnam und die Philippinen versuchen, im Angesicht chinesischer Forderungen ihre Positionen auf den Inseln im Südchinesischen Meer zu konsolidieren

Vietnam ist ständig dabei, seinen Außenposten auf den Spratly-Inseln weiter zu befestigen. Dabei bedient es sich u.a. sowjetischer Flak-Geschütze, um eventuell aufkreuzende Flugzeuge zum Abdrehen zu zwingen. Gegen Schiffe, die der Insel zu nahe kommen, werden Warnungssalven aus US-Beutekanonen abgefeuert.

Die Truppen Hanois haben die auch von China beanspruchte Insel Pugad in der Spratly-Gruppe am gleichen Tag aus südvietnamesischen Händen übernommen wie Saigon.

Auch die Philippinen halten eine der Spratly-Inseln besetzt, nämlich Parola, das innerhalb der Sichtweite von Pugad liegt. Auf der westlichsten Hauptinsel der Philippinen, nämlich Palawan, errichtet die philippinische Marine in Puerto Princesa gerade eine kleine Marinebasis, die effektivere Einsätze um Parola ermöglichen soll. Gleichzeitig hat Manila die Vereinigten Staaten um Düsenflugzeuge gebeten, die den Luftraum über Parola sichern sollen.

Die VR China hält die Insel Ligaw mit einer kleinen Garnison besetzt.

Die Insel Parola ist nicht in das bilaterale amerikanisch-philippinische Verteidigungsabkommen eingeschlossen. Washington hat daher mehrmals die Hoffnung ausgedrückt, der Inselstreit lasse sich friedlich erledigen.

Manila hat einstweilen die Initiative ergriffen. In Puerto Princesa wird ein Ölverarbeitungs-komplex mit einem Wert von 150 Mio. US\$ errichtet. Gleichzeitig entsteht dort ein mit modernsten Computeranlagen ausgerüstetes Luftoperationszentrum, das, ebenso wie der Ölkomplex, mit amerikanischer Hilfe errichtet wird (IHT, 27.6.77).

Sollten die Spratly-Inseln, wie vermutet, wirklich hohe Ölmengen bergen, so könnte es langfristig zu schweren Konflikten zwischen Vietnam, den Philippinen und der VR China kommen.

(14) General Giap, der Held zweier Kriege in Indochina, wurde von der Peking Führung mit Ehren überhäuft

Ein Politbüromitglied, Verteidigungsminister und Stellvertretender Ministerpräsident, General Vo Nguyen Giap, der Anfang Juni nach Peking kam, wurde dort von der gesamten Führungsspitze (Hua Kuo-feng, Li Hsien-nien, Yeh Chien-ying) und der militärischen Elite (u.a. Ch'en Hsi-lin) empfangen (NCNA, 2. und 3.6.77). Die vietnamesische Abordnung war offiziell als "Militärdelegation" eingestuft (NCNA, 5.6.77).

Über die Themenliste der Gespräche wurde nichts bekannt. Mögliche Themen waren: Rückzahlungen für geliefertes oder Rückgabe von geliehenem Militärmaterial an China, das heikle Problem der zwischen Vietnam und China umstrittenen Inseln im Südchinesischen Meer, die Möglichkeit einer chinesischen Wirtschafts- und Aufbauhilfe etc. Für die zuletzt genannte Alternative spricht vielleicht auch die Tatsache, daß am 7. Juni der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong auf dem Heimweg von einem Auslandsbesuch zu den Gesprächen hinzu-stieß (NCNA, 7.6.77).

Angesichts der aus chinesischer Sicht zu pro-sowjetischen Politik Vietnams seit dem Ende des

Krieges in Indochina war es in den vorausgegangenen Monaten zu einer Abkühlung des beiderseitigen Verhältnisses gekommen. Soll von dieser Entwicklung jetzt abgegangen werden?

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

UND

KONFERENZEN

(15) **Peking: Die Helsinki-Folgekonferenz wird zu einem Gerangel zwischen beiden Supermächten um die Hegemonie**

Am 15. Juni 1977 begann in Belgrad die Vorbereitungstagung für die Helsinki-Folgekonferenz, an der sich nicht weniger als 35 Länder beteiligen und die aufgrund jener "Schlußakte" stattfindet, die während des Gipfeltreffens der "Europäischen Sicherheitskonferenz" 1975 in Helsinki unterzeichnet worden war. Die Aufgabe der Folgekonferenz besteht darin, die "Erfüllung der Bestimmungen der Schlußakte und der von der Konferenz umrissenen Aufgaben" in den beiden letzten Jahren zu überprüfen und einen "Meinungsaustausch" über die Verabschiedung neuer Maßnahmen und Vorschläge im Hinblick auf eine "Verbesserung der Sicherheit und Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa" durchzuführen.

Die Vereinbarungen von Helsinki zerfallen in drei Teile: Bestimmungen über Sicherheit, Zusammenarbeit und Menschenrechte (man spricht auch von "drei Körben").

Hsinhua (NCNA 15.6.77) sieht der Konferenz skeptisch entgegen: "In der jüngsten Periode haben die Sowjetunion und die USA unablässig über die Tagesordnung und die Aufgaben der Folgekonferenz gestritten, wobei jeder versuchte, die Konferenz in ihre eigene Bahn im Dienste des Wettstreits um die Hegemonie in Europa zu lenken." Die Vereinigten Staaten hielten die Bestimmungen des Korbes 3 (Menschenrechte) für das Zentralthema der Belgrader Konferenz, während der Kreml mehr Korb 1 und 2 (Sicherheit und Zusammenarbeit) betonen wollte und sich dagegen verwahre, von anderen wegen der Menschenrechtsfrage "auf die Anklagebank gesetzt" zu werden.... In der westlichen Öffentlichkeit ist man der Auffassung, daß Moskau und Washington in einen sich über längere Zeit hinziehenden Streit geraten, der jeden Fortschritt auf der Belgrader Konferenz schwierig macht.

INNENPOLITIK

(16) **Zu den Säuberungen in den Provinzen**

Nachdem es zunächst den Anschein hatte, daß aus dem Sturz der Vierergruppe sich nur ganz geringfügige personelle Konsequenzen auf nachgeordneter Ebene ergeben würden, hat sich nun die Situation entscheidend gewandelt. Die ersten neun Monate hat die neue Führung vor allem dazu verwendet, in allen Bereichen "sanfte" Übergänge in die von

ihr gewünschte Richtung zu fördern. Nach einer grundsätzlichen Konsolidierung hat nun in den Provinzen ein doch sehr tiefgehender Reinigungsprozeß mit entsprechenden personellen Konsequenzen eingesetzt. Während eine systematische Übersicht an anderer Stelle erfolgt, soll hier auf einige Einzelheiten hingewiesen werden, um den Stil dieser Spätfolgen des Oktober-Schlages zu charakterisieren. So hieß es auf einer Kritiksitzung in Liaoning (SWB 28.6.77), der Kampf innerhalb des Provinzparteikomitees um die Exponierung und Kritik der Anhänger der Viererbande sei vier Monate lang verzögert worden.

Anschuldigungen:

In großen Kritiksitzungen werden die inzwischen entfernten lokalen Anhänger der Vierergruppe mit Namen oder indirekt angeklagt. In einigen Anklagen wird recht ungeniert festgehalten, daß dieser "Abschaum" erst in der Kulturrevolution an die Macht gekommen sei (Chinghai, SWB 23.6.77). Ein in der Provinz Heilungkiang angegriffener Kader wurde beschuldigt (SWB 25.6.77), im Dezember 1974 bei der Vorbereitung für die Wahl von Delegierten zum Nationalen Volkskongreß eigene Gefolgsleute dazu gebracht zu haben, während der entscheidenden Sitzung des Provinzrevolutionskomitees in den Sitzungssaal einzubrechen, die Fensterscheiben zerschlagen, die Türen eingetreten, Wachen niedergeschlagen und verletzt sowie Personal in Mitleidenschaft gezogen zu haben. In Kiangsi (SWB 13.6.77) wurden vier aktive "Konterrevolutionäre" angeklagt, Schlägereien, Zerstörungen und Beutemachen angezettelt zu haben. Auch "ältere Kader", die als Gruppe in den letzten Monaten ihre langersehnte Rehabilitierung bekommen haben, werden, soweit sie auf die Seite der Vierergruppe übergeschwenkt waren, mit harten Worten bedacht. Korrupt und ehrlos hätten sie sich verkauft und seien zu den Linken übergegangen, "schamlose Literaten, die ihre Seelen verkauften, kleine und große Opportunisten....., Diebe und Abschaum der Gesellschaft".

Rehabilitierungen:

Die sich derart vollziehende Umwertung aller Werte hat zu einer Reihe von weithin publik gemachten Rehabilitierungen von Opfern der Linken Fraktion geführt. So hieß es über die Theaterfunktionärin Sun Pei-shih (SWB 16.6.77), sie, die nun rehabilitierte Stellvertretende Präsidentin des Theaterinstituts der chinesischen Jugend, sei 1968 von der Mao-Gattin unter falschen Beschuldigungen ins Gefängnis geworfen worden und dort als Ergebnis grausamer Verfolgungen verstorben. Dies wurde auf einer Massenkundgebung des Kulturministeriums im Juni festgestellt. In solcher Deutlichkeit wurden im übrigen Ausschreitungen der Kulturrevolution vorher von der chinesischen Presse noch nicht dargestellt. Wer ist schuldig, wer wird verschont?:

Natürlich hat eine hohe Zahl von Führungskadern sich in den vergangenen Jahren für die Linke Fraktion betätigt, was die Frage aufwirft, wer denn nun im Sinne der jetzigen Politik früherer Verfehlungen schuldig zu sprechen sei, und wer nicht. In der Provinz Liaoning wurden dazu folgende Hinweise formuliert (SWB 28.6.77): Wenn ein Genosse auf einer niederen Ebene eine falsche Anweisung oder ein falsches Dokument des Provinzparteikomitees weitergegeben und verbreitet habe, sei das Provinzparteikomitee und nicht der jeweilige Genosse zur Rechenschaft zu ziehen. Unterschiede seien zu machen zwischen solchen, die eine ganze Reihe von